

**Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft vom 1. November 2018**

**Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt  
ergreifen!**

**A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat folgenden Antrag an die Stadtbürgerschaft gestellt (Drucksache 19/821 S):

„Die Überseestadt ist im Moment wohl die bedeutendste innerstädtische Entwicklungsfläche in Bremen. Im Ortsteil entwickeln sich Wohnen und Gewerbe in einem sehr hohen Tempo. Die Verkehrsinfrastruktur hat sich allerdings nicht in gleichem Maße mitentwickeln können. Der Verkehr in der Überseestadt steht daher immer wieder kurz vor dem Kollaps. Insbesondere während der Hauptverkehrszeiten kommt der Verkehr regelmäßig nur stockend bis gar nicht voran.

Die Problematik ist erkannt und seitens des Senats das sogenannte „Integrierte Verkehrskonzept Überseestadt“ entwickelt worden. Dieses wurde der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft in ihrer Sitzung am 14. September 2017 vorgestellt (Vorlage Nummer 19/317).

In der Vorlage wurden einige kurzfristig umzusetzende Maßnahmen benannt, um möglichst zeitnah dem täglichen Verkehrschaos zumindest etwas Einhalt gebieten zu können. Eine wichtige beschriebene Maßnahme ist die Verbreiterung der Eduard-Schopf-Allee, um eine Abbiegerspur zu ermöglichen, die gerade zu den Stoßzeiten Staus vermeiden könne. Daneben muss durch eine verbesserte Ampelschaltung eine „grüne Welle“ erreicht werden, damit Verkehrsströme besser abfließen können. Zusätzlich ist die Verkehrsführung für Lastkraftwagen zur B 6/B 75 zu verbessern. Da eine Umsetzung bislang nicht erfolgt ist und sich die Verkehrssituation zuspitzt, besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Umsetzung folgender Maßnahmen unverzüglich einzuleiten:
  - a) Änderung der Lkw-Führung zur B 6/B 75: Es ist ein Rechtsabbiegeverbot für Lastkraftwagen von der Eduard-Schopf-Allee auf die B 6 (Stephanibrücke) zu erlassen. Stattdessen soll eine Führung der Lkw-Verkehrsströme über die Lloydstraße in Richtung B 6/B 75 erfolgen.
  - b) Verbesserung der „grünen Welle“ der Straßen Hansator/Hansestraße durch optimierte Ampelschaltung.
  - c) Verbreiterung der Eduard-Schopf-Allee im Bereich der Haltestelle Eduard-Schopf-Allee. Ziel muss eine zweispurige Führung

des Kfz-Verkehrs in beide Fahrtrichtungen sein, um den Stau zu verringern und die Geradeausfahrer und Abbieger zu trennen.

d) Verbindung der Linksabbieger- und Geradeausspur an der Ampelkreuzung Auf der Muggenburg/Stephanikirchweide in Fahrtrichtung Eduard-Schopf-Allee unter gleichzeitiger Prüfung der Ampeltaktung.

2. der zuständigen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sechs Monate nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung zu berichten.“

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 28. August 2018 diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen.

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat in ihrer Sitzung am 20. September 2018 den Antrag beraten und gibt folgenden Bericht ab:

## **B. Sachdarstellung**

Die Überseestadt ist tatsächlich eine der bedeutendsten Entwicklungsflächen in Bremen. Die Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung hat somit auch Auswirkungen auf die strategische Weiterentwicklung einzelner Quartiere und deren Nutzung. Aktuell stößt die Leistungsfähigkeit im Kfz-Bestandsnetz in den Hauptverkehrszeiten an ihre Grenzen, wofür Lösungen gefunden werden müssen. Aus Befragungen ist bekannt, dass rund 60 Prozent der dort Arbeitenden und Wohnenden überwiegend mit dem Personenkraftwagen fährt.

Vor diesem Hintergrund wurde nach dem positiven Beschluss der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom April 2016 ein Gutachten von der WFB und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur Erstellung eines Integrierten Verkehrskonzeptes (IVK) für die Überseestadt in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse im Entwurf des Gutachtens wurden im September letzten Jahres in den Deputationen für Bau und Wirtschaft vorgestellt und anschließend ein Beteiligungsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger organisiert. Hier gab es zahlreiche Hinweise und auch Bedenken, die in die weitere Planung Eingang gefunden haben.

Neben dem Handlungskonzept des Gutachters zur Überseestadt hat die Verwaltung auch erste Sofortmaßnahmen definiert und diese seit der letzten Deputationsbefassung überarbeitet und erweitert. Das gemeinsam vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr geplante Maßnahmenpaket umfasst ein ganzes Maßnahmenbündel, das weit über den Antrag der FDP hinausgeht.

Die im Antrag formulierten vier Maßnahmen beschreiben zum Teil die bereits in der letzten Deputationsbefassung von der Verwaltung vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen und sind somit Bestandteil des Handlungskonzeptes beziehungsweise wurden im Rahmen des IVK geprüft. Es fehlt allerdings dabei der umfassende Blick auf die gesamte Überseestadt und ihre Entwicklungen, die grundsätzliche Marschrichtung und die Sicherstellung der Finanzierung der ersten Maßnahmen.

Die einzelnen Maßnahmen und das weitere Vorgehen sind im IVK dargestellt, das zunächst dem Senat am 30. Oktober 2018, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 1. November 2018 und anschließend der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

### **C. Beschlussempfehlung**

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 19/821 S) abzulehnen.

Jürgen Pohlmann

(Sprecher)